

Erlebnisse im Europäischen Parlament

Clara Steinkellner war beim letzten Meeting des CULT-Committees in Brüssel dabei

"Ausschuss für Kultur und Bildung, Sitzung am Mittwoch, den 15. Juni 2011, 15:00 bis 18:30, und 16. Juni, 09:00 bis 12:30, Saal ASP 1G-3, Entwurf der Tagesordnung“ lese ich auf dem doppelseitig bedruckten Blatt, das ich gerade aus dem Fach mit der Aufschrift „DE“ am Eingang des Sitzungssaales entnommen habe. Auf die Plätze ohne Schild sollen wir uns setzen, sagt die freundliche Dame, die mich und die acht anderen angemeldeten Besucher vom Sicherheitscheck bis hierher gelotst hat, in gebrochenem Französisch. Mein Blick schweift über die langen Tische, die sich Amphitheater-gleich oval nach oben reihen, nur die vielen grauen Bürossessel mit den schwarzen Plastikrollen wirken weniger antik.

Commission Européenne, Groupe de la Gauche unitaire européenne, steht auf den Schildern vor den Plätzen, aber auch *L. Bisky* und *L. Tóké*s. László Tóké, der als protestantischer Priester in Ceausescu Rumänien mit seiner offenen Systemkritik im Dezember 1989 die Revolution auslöste? Ja, Herr Tóké ist Mitglied der Partei der rumänischen Ungarn, und inzwischen EU-Parlamentarier.

Ich finde in der vorletzten Reihe einen freien Platz. Langsam füllt sich der Saal, in kleinen Gruppen kommen Damen und Herren herein, sie plaudern alle in anderen Sprachen. Das ist Kultur hier im Haus, die Sprachenvielfalt ist fixer Bestandteil von „EU-Brüssel“. Auch bei dieser mittelgroßen Versammlung warten hinter den Glasscheiben nicht weniger als 36 Dolmetscher/innen auf ihren Einsatz, drei für jede der zwölf Sprachen, die heute angeboten werden. Auch Doris Pack, Chair des CULT-Committees (=Ausschusses für Kultur und Bildung) begrüßt uns auf Deutsch! „Einen schönen Nachmittag! Wir können beginnen. Wir sind genügend, nicht dem eigentlichen Anspruch nach, aber dem Gesetz nach sind wir beschlussfähig.“ Gut die Hälfte der Stühle sind leer geblieben.

Erster Tagesordnungspunkt: EU-Kommissarin Androulla Vassiliou stellt die nächste Generation der EU-Bildungsprogramme, nach Erasmus, Grundtvig und Co, vor. Nach ihrer 15-minütigen in Englisch gehaltenen Rede heben sich sofort einige Hände. 12 Fragen will der Chair anhören, Kopfhörer werden gezückt, es geht in ebenso vielen Sprachen los:

Wo sie denn genau gedenkt Verwaltungskosten einzusparen; wo denn das Nicht-formelle Lernen außerhalb der Bildungsinstitutionen geblieben sei, auf dass das Komitee soviel Wert legt; ob sie nicht denkt dass sich Menschen europaweit an die bestehenden Programme gewöhnt haben, Erasmus ist doch ein Begriff, und ob diese Namen erhalten bleiben; was sie zur Jugendarbeitslosigkeit sagt, das sei ja das Hauptthema der aktuellen Proteste in Spanien; ob sie die Forschung, und zwar nicht nur die Naturwissenschaft, sondern auch die Humanwissenschaften, die Geschichte, die Soziologie bedacht hat; wie die Sportförderung, die ja auch mit Gesundheit zu tun hat, aussehen wird; wie sie die Kinder und Jugendlichen mit besonderen Bedürfnissen fördern will – unsere Volksvertreter, die Parlamentarier haben keine Frage ausgelassen.

Die wichtigste aber bleibt: Wie das Budget für Bildung und Kultur, das im Verhältnis zu allen anderen Etats, die ein EU-Kommissar so zu verteilen hat, ja „Peanuts“ (Ausdruck der Kommissarin) ist, ausgebaut werden kann. „Wir müssen 10 Milliarden fordern, und nicht 6, damit wir drei bekommen! Lets go for it and we will see what we get!“ heißt es da. Frau Vassiliou antwortet mehr oder weniger konkret auf die gestellten Fragen, wenn es kompliziert wird schwenkt die ehemalige First Lady Zyperns in ihre Muttersprache Griechisch um, und man

geht mit dem Statement auseinander, dass Parlament und Kommissarin sich in dem Punkt einig sind: Bildung muss gerade in wirtschaftlichen Krisenzeiten unterstützt werden!

...

Ich gehe mit vielen Eindrücken, mit Unerwartetem, mit bestätigten Klischees und mit offenen Fragen nach Hause in den gemütlichen Stadtteil St. Gilles, wo abwechselnd die französischen und die flämischen Werbeplakate an den Bushaltestellen hängen, mittags lange Schlangen vor den Fritten-buden stehen (die meisten haben mindestens zehn Soßen zur Auswahl!), die Blumen auf den Fensterbänken der schmalen Häuser in den wolkendurchzogenen blauen Himmel schauen (der nächste Regen kommt bestimmt!) und nichts darauf hindeutet, dass es ein paar Kilometer weiter so ein immenses, abenteuerliches und dennoch so absonderliches Gebilde gibt wie das Europäische Parlament.

...

Donnerstag, 16. Juni, 08:35. Die Metrolinie 2 ist so voll, dass einige Fahrgäste freiwillig auf dem Bahnsteig bleiben und auf den nächsten Zug warten. *Trône/Troon* – das ist meine Station, ich steige aus und bemerke mit einem Schmunzeln, dass mich die Menge begleitet, über die Rolltreppe, hinaus auf den Platz, die *Rue de Luxembuorg* entlang, wo in 700m Entfernung bereits die gläserne Kuppel des Parlaments zu sehen ist. Heute soll die Sitzung also fortgesetzt werden, „Bekämpfung des Schulabbruchs“ ist das Thema. Ich gehe über den Platz, am verrosteten Schiffskutter vorbei, den wütende Bürger als Mahnmal gegen die leergefischten Meere am penibel gepflasterten Platz aufgestellt haben. In die große Halle hinein, die Plastikkarte zum Anstecken rausgekramt, die mich zum Besuch am 15. Und 16 Juni berechtigt, durch den Metall-Detektor, eine Rolltreppe hinauf, durch die Halle mit dem hellen Teppichboden. An der Bar vorbei, (hier gibt's ne Tasse Espresso mit Milch um freundliche 70 Cent, ob das subventioniert ist?) mit dem Lift in den ersten Stock hinunter, und da, am Ende des Ganges, da steht schon „Culture et Education“, da ist der Sitzungssaal.

Ich habe noch Zeit, um ganz nach hinten zu gehen und aus dem Fenster zu schauen. Man sieht das ovale, spiegelnde Gebäude, wo sich der 700-Plätze-Saal befindet, auf der anderen Straßenseite, eine breite Glasbrücke führt vom Hauptgebäude hinüber. Im Park daneben stehen zehn Herren in dunklen Anzügen im Nieselregen um einen vier Meter hohen Betonpfeiler – ja, richtig, das Graffiti, der runde Abschluss oben, das muss ein Stück der Berliner Mauer sein! Ein Stück Berlin in Brüssel. „Brüssel liegt in Europa, aber Europa liegt nicht in Brüssel.“ Unwillkürlich fällt mit diese Klarstellung aus Hans Magnus Enzensbergers neuestem kritischen Brüssel-Essay ein. Heute gibt es sogar in der dritten Reihe einige Plätze ohne Schild, Philipp (ebenso Praktikant bei *effe*) und ich nehmen Platz.

„Guten Morgen!“ begrüßt uns Chair Doris Pack mit freundlicher Bruststimme, biegt ihr Mikrofon zurecht und schaut sich in der Runde um. „Die war sicher einmal Lehrerin!“ sage ich leise zu Philipp (inzwischen hab ich nachgeschaut, natürlich, Grund- und Hauptschule, in Saarbrücken, 1965 schon.) Eine Leinwand fährt herunter, und die junge Finnia Anne-Mari Nevala präsentiert von der ersten Reihe aus die Ergebnisse einer EU-Studie zu den Hintergründen von ESL, an der sie die letzten Monate über mitgearbeitet hat. ESL? Early School Leaving, of course, das Phänomen, dass im EU-Durchschnitt 14,4 % der 18-24jährigen Unionsbürger (-bürgerinnen sind nur 15% davon), nur einen Bildungsabschluss der Sekundarstufe I oder noch weniger vorweisen können. Teil der „Europa 2020-Strategie“ ist es, diese Zahl bis 2020 auf unter 10% zu drücken. Frau Nevala erzählt von den vielen Gesprächen, die sie und ihr Team mit Lehrkräften, Sozialarbeitern, Jugendlichen, Wissenschaftlern aus 10 EU-Ländern geführt hat und sagt: „What people have been telling me, over and over, year after

year, is that the most important thing is a *positive learning environment*, a sense of belonging to the school-community“. Das Gefühl, zu einer Schulgemeinschaft dazuzugehören, die man in problematischen Phasen nicht einfach verlässt, die Einbeziehung der Eltern, die Begleitung und Beratung bei Übergängen von der Grundschule in die Sekundarstufe, individuellere und flexiblere Lernmethoden, gute Zusammenarbeit mit anderen Akteuren, mit NGOs und Jugendklubs, all das kann dem Schulabbruch entgegenwirken. Außerdem braucht es vielfältigere Wege der Berufsausbildung und viele zweite Chancen. NGOs, die Orientierungsjahre organisieren, bei denen Jugendliche ein Jahr lang begleitet werden, Allgemeinbildung erhalten und Praktika in verschiedenen Berufszweigen machen, werden als positive Beispiele erwähnt. Daneben die Hinweise, dass es vor allem die Jugendlichen aus sozial schwachen Schichten sind, oft mit Migrationshintergrund, oft einer ethnischen Minderheit angehörig (die Roma werden öfter genannt), die sich vorzeitig von der Schule verabschieden... 50 % von Ihnen sind arbeitslos, aber einige, das musste Frau Nevala dann doch hinzufügen, finden auch ohne Schule ihren Weg, sie habe auch immer wieder erstaunliche und originelle Karrieren von Schulabbrechern verfolgen dürfen. Auch gesamtgesellschaftliche Zahlen nennt sie: wie viel ein Schulabbrecher kostet, weil er das Sozialsystem belastet und für „Steuerausfall“ sorgt. Auch ökonomisch könne man sich also so viele Schulabbrecher gar nicht leisten.

Es gehe also darum, ein Bündel von Maßnahmen zu entwickeln und die Mitgliedsländer zu ermuntern, das Problem EU-weit offen anzugehen. Frau Pack eröffnet die Diskussion. Eine Französin meldet sich, betont die Notwendigkeit der Veränderung der Schulen. „Wir wussten nie, warum wir eigentlich in der Schule sind“, hätten ihr viele Jugendliche gesagt. Das passive Lernen müsse ein Ende haben, die Noten verhindern aktiven Wissenserwerb, Bildung ist mehr als Information, und ein Lehrer, der die sozialen und psychischen Probleme der Kinder ignoriert, muss sich nicht wundern, wenn die Kinder nicht lernbereit sind. Frau Pack bekräftigt das, den individuelleren Ansatz. „Man muss für *jedes* Kind einen Weg suchen, etwas finden, wo man sagt: Das kann nur dieses Kind!“.

Lothar Bisky schaltet sich ein: „Die alten Berufe müssen wieder mehr ausgegraben werden, der Schumacher im Ort, an den denkt man doch gar nicht mehr, man muss aber konkret anknüpfen!“ Eine junge Dame mit süddeutschem Akzent fügt hinzu: „Es sei ja schön und gut, über *flexibler* und *individueller* zu reden, aber was ist denn mit der Schulpflicht, mit dem Schulzwang? Wie effektiv ist es eigentlich, Kinder mit der Polizei in die Schule zu bringen?“ (Das war die liberale Abgeordnete Nadja Hirsch, wie ich inzwischen herausgefunden habe). In den zehn Ländern, in denen sie Erfahrungen habe, so Frau Nevala, habe sie nie von Polizei-Einsatz zur Durchsetzung der Schulpflicht gehört, aber, ja, sie glaube in Germany? Yes? da sei das etwas anderes. Na schön, denke ich, der Skandal der alternativlosen Schulpflicht in Deutschland ist also bei der EU-Expertin für ESL noch nicht richtig angekommen...

„Wir können über all das hier wunderbar reden“ beendet Doris Pack die Diskussion nach einer Stunde, „aber wir müssen im Bewusstsein behalten, dass wir hier nichts von alledem umsetzen können...“ Wow, denke ich, eine Politikerin, die klar hat, dass sie die pädagogischen Fragen den Pädagogen überlassen muss! doch der Satz war noch nicht zu Ende: „...das obliegt nämlich der Kommission!“ Bienvenue à Bruxelles.

...

Am Ausgang liegen frisch gedruckte Protokolle und Dokumentationen des Meetings in mindestens 5 Sprachen bereit. Darunter ein „Entwurf einer Entschließung des Europäischen Parlaments“. Der war bei dem Meeting gar nicht angesprochen worden. Darin finden sich Sätze wie: „Das Europäische Parlament... – betont die außerordentlich große Bedeutung staatlicher Schulsysteme, die höchsten Ansprüchen genügen. – fordert die Mitgliedstaaten auf, in

qualifiziertes und gut ausgebildetes Personal sowohl für die Vorschulen als auch in die Pflichtschulen zu investieren.– unterstreicht, wie wichtig für Schüler unterschiedliche Bildungswege sind, bei denen schulische und berufliche Bildung miteinander verbunden werden, und fordert die Schulen auf, Lehrpläne möglichst an die Nachfrage auf dem Arbeitsmarkt anzupassen.“

Dass staatliche Schulsysteme „höchsten Ansprüchen“ gar nicht genügen *können*, weil sie ihrem Wesen nach kein Organ für Individualität haben; dass der Wunsch nach „qualifiziertem und gut ausgebildetem Personal“ ja verständlich ist, nur die Prämissen dieser „Qualifikation“ und das Menschenbild, dass der „Ausbildung“ zu Grunde liegt, ernsthaft zu hinterfragen sind; dass die Forderung der „Anpassung der Lehrpläne an die Nachfrage am Arbeitsmarkt“ nicht nur von pädagogischer, sondern auch ökonomischer Kurzsichtigkeit zeugt und obendrein eine Missachtung der Menschenwürde darstellt, – all diese Fragen können die Aktualität eines Impulses für Freiheit im Bildungswesen und selbstbestimmtes Lernen deutlich machen.